Vorarlberg
unser Land

Pressefoyer

Dienstag, 9. Juli 2019

Landeshauptmann Markus Wallner
Landesstatthalter Karlheinz Rüdisser
Landesrat Johannes Rauch

Titelbild: ©Land Vorarlberg

Verkehrspolitischer Leitfaden für die nächsten Jahre

„Mobilitätskonzept Vorarlberg 2019" von der Landesregierung beschlossen

Verkehrspolitischer Leitfaden für die nächsten Jahre

„Mobilitätskonzept Vorarlberg 2019“ von der Landesregierung beschlossen

Nach gut eineinhalb Jahren intensiver Vorarbeiten hat die Vorarlberger Landesregierung das „Mobilitätskonzept Vorarlberg 2019“ beschlossen. Dieses dient als verkehrspolitischer Leitfaden bzw. Wegweiser für die nächsten zehn bis 15 Jahre und enthält Zielvorgaben, um aktuellen und künftigen Herausforderungen aktiv zu begegnen. „Wir haben bei den Arbeiten am neuen Konzept auf breitestmögliche Beteiligung und umfassende Zusammenarbeit geachtet. Damit sind wir nun für die Mobilität von morgen mit ihren schon laufenden und noch kommenden Entwicklungen gut gerüstet“, sagt Landeshauptmann Markus Wallner bei der Vorstellung des Konzepts im Pressefoyer gemeinsam mit den maßgeblich ressortzuständigen Regierungsmitgliedern Landesstatthalter Karlheinz Rüdisser und Landesrat Johannes Rauch.

Wallner verweist auf die enorme Dynamik des Lebens- und Wirtschaftsraums Vorarlberg. Die Bevölkerungszahl hat allein in den letzten 15 Jahren um 40.000 auf über 390.000 Menschen zugenommen, die Zahl der unselbständig Beschäftigten innerhalb von zehn Jahren von gut 142.000 auf rund 170.000. Vor allem in den städtischen Gebieten im Rheintal, in den Bodensee- und Hofsteiggemeinden und auch in den meisten Talschaften werden in Zukunft noch mehr Menschen leben und arbeiten. Vorarlbergs Wirtschaft entwickelt sich im österreichischen und europäischen Vergleich überdurchschnittlich.

Mit all diesen Veränderungen hat auch das Verkehrsaufkommen in den letzten Jahren zugenommen. Zugleich ergeben sich durch Innovationen und technischen Fortschritt neue Möglichkeiten und Veränderungen im Mobilitätsverhalten der Menschen.

Herausforderungen annehmen, neue Möglichkeiten nützen

Deshalb wird das im Jahr 2006 beschlossene „Verkehrskonzept Vorarlberg – Mobil im Ländle“ nun durch das neue „Mobilitätskonzept Vorarlberg“ abgelöst. „Wir konzentrieren uns darin in erster Linie wieder auf den Handlungsspielraum des Landes, das neue Konzept enthält aber auch Forderungen an die übergeordnete und nachbarschaftliche Verkehrspolitik, die angesichts der verkehrsgeografischen Lage Vorarlbergs notwendig und zweckmäßig sind“, betont Landeshauptmann Wallner.

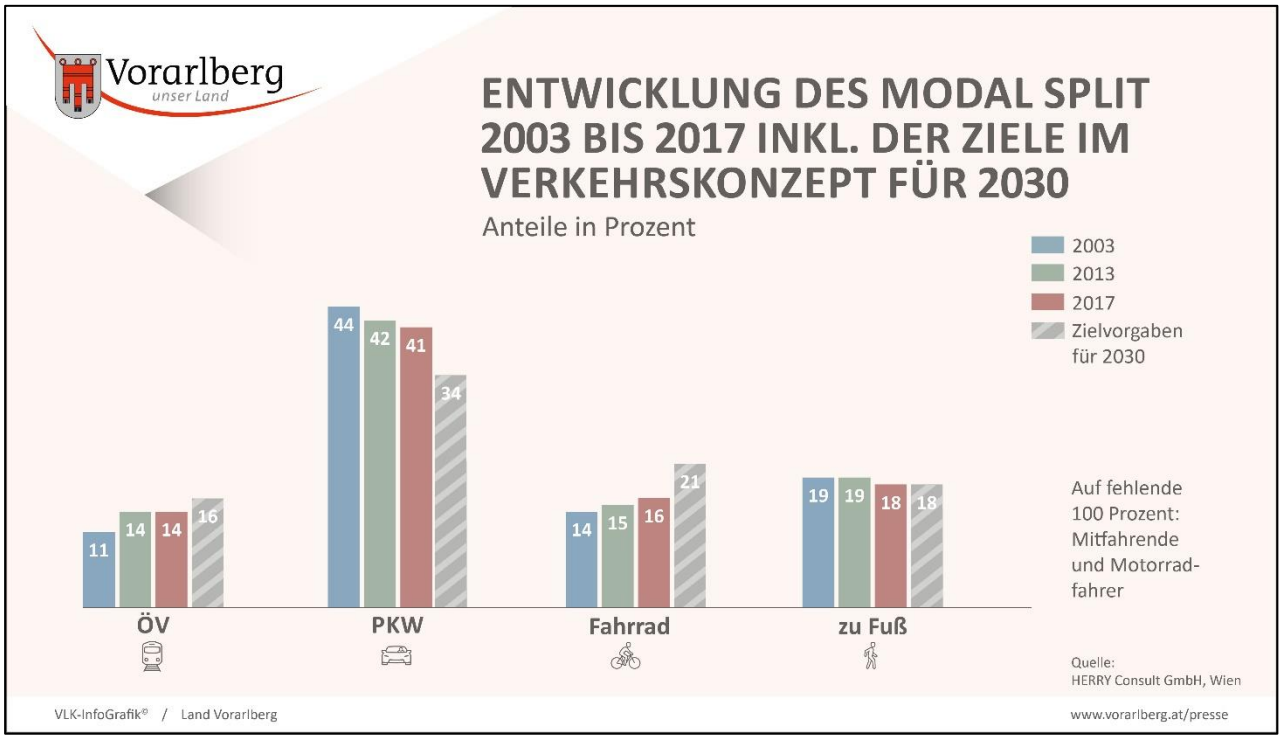
Landesstatthalter Rüdisser fasst die wesentlichen Grundsätze des neuen Mobilitätskonzepts zusammen. Die künftige strategische Ausrichtung einer nachhaltigen Mobilitätspolitik müsse auf aktuelle verkehrs- und umweltpolitische Rahmenbedingungen reagieren und zugleich auch neue Möglichkeiten und Chancen berücksichtigen. „Neben der Weiterentwicklung bewährter sind auch neue ergänzende Schwerpunkte in den Fokus gerückt, etwa im Bereich des Güterverkehrs. Insgesamt geht es uns darum, den Verkehr umweltverträglich und sicher zu gestalten sowie eine gute Erreichbarkeit für Wirtschaft und Bevölkerung zu gewährleisten“, so Rüdisser.

Trend zum Umweltverbund

Landesrat Rauch hebt ein wesentliches Ziel des Mobilitätskonzepts 2019 hervor: „Wir wollen den erfreulichen Trend zum Umweltverbund in der Verkehrsmittelwahl weiter unterstützen und zusätzlich verstärken." Für das Jahr 2030 wird angestrebt,

- den Anteil der mit Bus und Bahn zurückgelegten Wege um weitere zwei Prozentpunkte auf 16 Prozent zu steigern,
- den Wege-Anteil des Fahrrads um weitere fünf Prozentpunkte auf 21 Prozent zu erhöhen und dadurch
- eine Reduktion des Anteils der mit dem PKW gefahrenen Wege um sieben Prozentpunkte auf 34 Prozent zu erreichen (bei gleichzeitig in etwa konstanten Wege-Anteilen der Fußgänger, Motorradfahrer und PKW-Mitfahrer).

<u>Modal Split Entwicklung in Vorarlberg 2003 – 2017 und Ziele für 2030:</u>
(KONTIV-Erhebung Wege der VorarlbergerInnen)



Weitere Wirkungsziele betreffen z.B. den Klimaschutz (bis 2030 -36 Prozent CO2-Emissionen gegenüber Ausgangswert 2005), die Verkehrssicherheit (bis 2030 -25 Prozent bei Unfällen mit Personenschäden bzw. -50 Prozent bei der Zahl der Getöteten), und die Bereiche Lärm und Luftschadstoffe.

Schwerpunkte und kontinuierliche Aktivitäten

Das Mobilitätskonzept definiert insgesamt neun Schwerpunkte, die in den nächsten zehn bis 15 Jahren mit konkreten Maßnahmen umgesetzt werden sollen und besondere Anstrengungen

erfordern. Daneben bestehen kontinuierliche Aktivitäten mit gleicher Priorität, etwa im Bereich Straßenbau und Mobilitätspolitik.

<u>Öffentlicher Verkehr und Radverkehr:</u>

Der konsequente Ausbau des öffentlichen Verkehrs und des Radverkehrs hin zu einem Qualitätsnetz mit attraktiven Schnittstellen soll in den nächsten Jahren weiterverfolgt werden. Neben einer weiteren Verbesserung des Angebots soll der Ausbau der Bahnhöfe und Haltestellen als intermodale Knoten fortgesetzt und durch neue Angebote (attraktive Fahrradabstellmöglichkeiten, Leihradsysteme, Carsharing) ergänzt werden. Beim Busverkehr soll ein abgestuftes Busangebot verstärkt auch mit Schnellbussen etabliert werden, eine konsequente und strategische Buspriorisierung ist dafür eine notwendige Voraussetzung. Aufbauend auf der aktuellen Radverkehrsstrategie „Kettenreaktion“ soll der Radverkehr dabei auch als wichtiger Zubringer zum Öffentlichen Verkehr dienen.

<u>Güterverkehr:</u>

Die Zunahme des Güterverkehrs erfordert die Entwicklung eines Güterverkehrs- und Logistikkonzepts, eine weitere Attraktivierung des Bahngüterverkehrs und Maßnahmen zur effizienteren Abwicklung des Güterverkehrs (u.a. Logistikflächen an geeigneten Standorten, optimierte Zollabwicklung am Terminal Wolfurt und Lenkung des Güterverkehrs auf hochrangige Infrastrukturen). Darüber hinaus sind Maßnahmen beim Lieferverkehr v.a. für die „letzte Meile“ notwendig, um dem wachsenden Markt an Kurier-, Express- und Paketdiensten zu begegnen.

<u>Straßenerhaltung und Straßenbau:</u>

Vorarlberg hat etwa 800 km Landesstraßen mit 600 Brücken, die in hoher Qualität benutzbar sein müssen. Oberste Priorität hat deshalb die Straßenerhaltung und die laufende Sanierung von

witterungsbedingten Schäden. Es gibt aber auch überlastete Straßenabschnitte im Bereich von Autobahnanschlussstellen und auf Landesstraßen, die Maßnahmen erfordern. Laufende Bundes- und Landesstraßenprojekte, z.B. der Stadttunnel Feldkirch, Rheintal Mitte und die S 18 Bodenseeschnellstraße, werden in den kommenden Jahren umgesetzt. Für die weiteren Landesstraßenprojekte soll eine Prioritätenreihung erarbeitet werden. Eine Verkehrsbeeinflussung auf der A 14 zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und für den Umweltschutz wird weiter angestrebt.

Verkehrssicherheit konsequent verbessern:

Aus der Studie „Verkehrssicherheit auf Vorarlbergs Straßen“ des Kuratoriums für Verkehrssicherheit (KfV) wird abgeleitet, dass das Verkehrssicherheitsprogramm des Landes konsequent weiterverfolgt werden muss, um die angestrebten Ziele zu erreichen. Eine systematische Sanierung von Unfallhäufungsstellen, ein Fokus auf den Rad- und Fußverkehr, aber auch ein geringeres Geschwindigkeitsniveau in neuralgischen Bereichen für den Kfz-Verkehr sollen dazu beitragen, der „Vision Zero“ näher zu kommen.

Den öffentlichen Raum in Zentren und Quartieren aufwerten:

Die Gestaltung des öffentlichen Straßenraums hat in allen Gemeinden hohe Priorität, eine attraktive Gestaltung ist mit den verkehrlichen Anforderungen in Einklang zu bringen. Der Handlungsschwerpunkt umfasst deshalb Maßnahmen für frühzeitige, interdisziplinäre Planungsprozesse, für eine gemeinsame Informationsbasis z.B. anhand eines Leitfadens, und Schwachstellenanalysen und Förderkonzepte für den Fußverkehr.

Das Mobilitätsmanagement systematisch intensivieren:

Vorarlberg ist Vorreiter im Bereich Mobilitätsmanagement, dieser Schwerpunkt soll mit Maßnahmen bei Betrieben und großen Verkehrserregern, im Wohnbau, im Tourismus und bei Schulen fortgeführt werden. Parkraummanagement in Gemeinden und weitere Anreize sollen mithelfen, den Kfz-Verkehr zu verringern.

Funktionskonzepte für charakteristische Teilräume etablieren:

Das Funktionskonzept Rheintal – Walgau 2006 mit integrierter Betrachtung aller Verkehrsarten soll konkretisiert werden, gleichzeitig sollen aber auch Funktionskonzepte für die anderen Teilräume des Landes erarbeitet werden. Ebenso soll eine Vorarlberger Pilotregion als Modell für umweltfreundlichen Tourismus etabliert werden.

Siedlungs- und Betriebsgebiete mit der Verkehrsplanung abstimmen:

Durch das neue Mobilitätskonzept wie auch durch das neue „Raumbild 2030“ soll eine noch engere Abstimmung zwischen der Raumplanung und der Verkehrsplanung erfolgen. Dieser Schwerpunkt umfasst u.a. ein zielgerichtetes und regional abgestimmtes Parkraummanagement, gute ÖV-Erschließung für neue Siedlungs- und Betriebsgebiete, und eine vorausschauende Flächensicherung für die künftig notwendige Infrastruktur.

Perspektiven der Mobilität kontinuierlich weiterentwickeln:

Das Land nimmt in Zukunftsfragen eine aktive Rolle ein: Mit Instrumenten wie z.B. dem „Zukunftsradar“ und einem „Zukunftsbeirat“ soll eine systematische und profunde Einschätzung von Trends, von gesellschaftlichen und technologischen Veränderungen, von visionären Ideen erfolgen und ein objektiver Diskurs über die Perspektiven der Mobilität ermöglicht werden.

Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation:

Die Kommunikation zur Verkehrspolitik umfasst alle Schwerpunktbereiche und soll künftig noch zielgruppenorientierter erfolgen, sei es gegenüber der Bevölkerung, der Gemeinden oder anderer wichtiger Handlungsträger. Dabei sollen neue Erkenntnisse der Verhaltensökonomie genutzt werden.

Mobilitäts- und Verkehrspolitik:

Dieses Handlungsfeld umfasst Maßnahmen und Forderungen, die vielfach an andere Handlungsträger gerichtet sind. Inhaltlich wird eine stärkere Berücksichtigung des Prinzips Kostenwahrheit im Verkehr, rechtliche Verbesserungen der StVO, und Ziele für den Flugverkehr und Schiffsverkehr verfolgt.

Mobilität, Klima und Umwelt:

Im letzten Handlungsfeld sind Maßnahmenvorschläge für einen verbesserten Lärmschutz, die Verbesserung der Luftqualität, für den Beitrag des Landes zum Klimaschutz, und für die notwendige Klimawandelanpassung enthalten. Ebenso sind Maßnahmen zur weiteren Etablierung der E-Mobilität umfasst.

Arbeiten am Konzept unter breitestmöglicher Beteiligung

Die inhaltlichen Arbeiten und das Projektmanagement für das Mobilitätskonzept 2019 erfolgte durch die Arbeitsgemeinschaft der zwei Verkehrsplanungsbüros Rosinak & Partner ZT GmbH, Wien/Dornbirn und PLANOPTIMO Büro Dr. Köll ZT-GmbH, Reith bei Seefeld. In mehreren Arbeitsgruppen zu den Schwerpunkten Güterverkehr, öffentlicher Raum, Tourismus, grenzüberschreitender ÖV, Perspektiven der Mobilität und Projektideen waren Fachleute der Landes- und Gemeindeverwaltung, der Interessensvertretungen, Vertreter der Wirtschaft, der ÖBB, des VVV und der ASFINAG sowie politische Mandataren eingebunden.

Auch der Mitarbeit von Bürgerinnen und Bürgern wurde großer Stellenwert eingeräumt: So gab es im Mai 2018 einen „Mobilitätsabends“ im Reichshofsaal in Lustenau mit etwa 100 Teilnehmenden und im Juni 2018 setzte sich ein Bürgerrat – zusammengestellt aus 28 zufällig ausgewählten Personen aus Vorarlberg – mit aktuellen Fragestellungen zur Mobilität auseinander. Im Rahmen eines öffentlichen Bürgercafés wurden die Ergebnisse des Bürgerrats breit diskutiert und weitere Anregungen aufgenommen. Auch die junge Generation kam zu Wort: Im Rahmen eines Workshops mit über 100 Jugendlichen und Schülern im Februar 2019 in Dornbirn wurde deren Sicht zur zukünftigen Mobilität in Vorarlberg erhoben und mit den Inhalten des Mobilitätskonzeptes abgeglichen. Im April 2019 wurde nochmals eine

Stellungnahme des Bürgerrats zu den Inhalten des Konzepts eingeholt. Diese fiel sehr positiv aus; wörtlich heißt es darin: „Die Berücksichtigung der Erkenntnisse des Bürgerrats im vorliegenden Konzept stärkt unser Engagement. Gefühlte 90 Prozent dieser Erkenntnisse finden wir im Konzept wieder."

Im April/Mai 2019 war der Begutachtungsentwurf des Mobilitätskonzepts zur öffentlichen Einsicht aufgelegt. 47 Stellungnahmen gingen an das Amt der Landesregierung. Sie wurden weitgehend berücksichtigt und führten zu punktuellen Ergänzungen und Klarstellungen des Mobilitätskonzepts.

Herausgegeben von der Landespressestelle Vorarlberg
Amt der Vorarlberger Landesregierung
Landespressestelle, Landhaus, Römerstraße 15, 6901 Bregenz, Österreich | www.vorarlberg.at/presse
presse@vorarlberg.at | T +43 5574 511 20135 | M +43 664 6255102 oder M +43 664 6255668 | F +43 5574 511 920095
Jeden Werktag von 8:00 bis 13:00 Uhr und von 14:00 bis 17:00 Uhr erreichbar